



Februar 2021

NOVEMBER



KTS-Bürokratie

Jeden Montag um 20 Uhr Plenum.
Veranstaltungsplenum jeden ersten und dritten Montag im Monat.
Programm und Koraktorbeiträge bitte spätestens bis zum 15. des Vormonats per Formular: www.kts-freiburg.org/formular
KTS, Baslerstraße 103, 79100 Freiburg, 0761/4002096
<https://kts-freiburg.org>
Bei politischen Angelegenheiten bitte die Gruppen kontaktieren

Infoladen in der KTS



*"Hier werden linksextremistische Informationen in Form von Zeitschriften, Broschüren, Flugblättern, Büchern, Videos sowie Ton- und Datenträger archiviert, diskutiert und verbreitet."** [Verfassungsschutz NRW über Infoläden]

Geöffnet auf Nachfragen per Mail!

*Ebenfalls gibt es Bücherverleih, eine kleine Auswahl von Buttons & Patches und immer Espresso gegen Spende.

Die OpenPGP-Fingerprints der Gruppen in der KTS:

Name-E-Mail-Adresse
Fingerprint

Autonome Demosanis Freiburg - a-demosanis-fr[at]riseup.net
0A8A A1B9 FC00 2B86 0F06 DC36 9E51 C17B 0ACE 1241

Autonome Antifa Freiburg - freiburg[at]autonome-antifa.org
2054 9447 8543 18A0 B3F4 7B3B A291 68F4 2AFF 0098

EkiB Freiburg - ekib[at]immerda.ch
6495 53FF EC64 7320 F534 FFDF 149E C711 751A 9FC5

Ermittlungsausschuss Freiburg - eafreiburg[at]linksunten.ch
0008 4410 F14F 7788 0411 6B0C D553 8D4E C7D3 0A53

Infoladen KTS - infoladen[at]kts-freiburg.org
46F9 6C50 BF0B C978 D099 12EB E631 A373 6C59 7ACC

Koraktor - koraktor[at]kts-freiburg.org
9057 C337 B8CE A9A5 33BF F537 8295 0B46 E87B 9BDD

VoKüfA - vokuefa [at] lists.immerda.ch
9950 0370 09B1 573D 88D0 8DB5 7D52 25DB AD74 E216

Webmaster KTS - webmaster[at]kts-freiburg.org
3023 FA54 9920 77C7 3D64 AB6F 1FE3 34FE BFFC 5514

Schlüssel unter zimmermann.mayfirst.org, Praxis unter kts-freiburg.org/pgp

Der Kampf geht weiter!

Die Corona-Pandemie war 2020 ohne Frage das weltweit dominierende Thema. Die Ausgangssperren und die Schließungen von Autonomen Zentren wie der KTS hat die radikale Linke hart getroffen. Dafür zeichnet sich auf unerwartetem Gebiet ein überraschender Sieg ab: Das Vermummungsverbot wurde durch ein Vermummungsgebot ersetzt. Was für verrückte Zeiten, in denen Bullen Unvermummte anzeigen und große Supermarktketten Propaganda für Vermummung machen: „Heute trägt man Verantwortung.“

Im Januar hetzte die Naziartei AfD auf zwei Demonstrationen in Köln und Baden-Baden gegen den öffentlichen Rundfunk. Die Naziorganisation „Combat 18“ wurde vom Bundesinnenminister verboten. Im Januar 2020 ging zweieinhalb Jahre nach dem linksunten-Verbot das Archiv von linksunten.indymedia.org online. Das linksunten-Archiv wird mindestens „in fünf Ländern auf drei Kontinenten dauerhaft gespiegelt“. Damit erfüllte sich unsere Vorhersage aus dem Winter 2017, „dass es den Repressionsbehörden nicht gelingen dürfte, das Archiv der Seite dauerhaft aus dem Netz zu verbannen.“ In Freiburg gab es eine Veranstaltungsreihe zum Tag ((i)) und wenige Tage vor dem linksunten-Prozess gab es in Leipzig eine militante Demo für Indy linksunten. Ende Januar wurde die Klage gegen das Vereinsverbot dann aus formalen Gründen abgewiesen. Das Bundesverwaltungsgericht weigerte sich wie erwartet das linksunten-Verbot inhaltlich zu prüfen. Mal schauen, was das Bundesverfassungsgericht sagt, in ein paar Jahren. So vorhersehbar das Leipziger Urteil im Januar war, so überraschend kam im Oktober das Urteil des VGH Mannheim, das die linksunten-Razzia in der KTS für rechtswidrig erklärte. Die KTS, höchstrichterlich geprüft nicht das Vereinsheim von Indymedia linksunten, wartet noch immer auf die 30.000 Euro, die im Haus als linksunten-Vereinsvermögen beschlagnahmt wurden.

Im Februar wurde die LU15 in Tübingen durchsucht. Für die WerteUnion war es kein tolles Jahr. Der Revolverheld und Nazianwalt Ralf Höcker trat im Februar als Vorsitzender des AfD-Lobbyvereins in der CDU zurück und im August

folgten viele Austritte. Der FDPLer Thomas Kemmerich wurde mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten von Thüringen gewählt. Einen Monat später wählte die Linkspartei in Thüringen den AfD-Abgeordneten Michael Kaufmann zu einem von fünf Landtagsvizepräsidenten. Am 19. Februar war der Nazianschlag von Hanau mit zehn Toten: Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüç, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtovi, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Pun, Said Nesar Hashemi, Fatih Saraçolu, Gabriele Rathjen. In Berlin folgte die militante Kampagne „Die AfD hat mitgeschossen“.

Im März gab es erste Ausgangssperren. Am 10. März ist Stefan Rost vom Mietshäuser Syndikat gestorben. Das Bundesinnenministerium gab das Verbot einer Reichsbürger-Organisation bekannt und der Verfassungsschutz die Beobachtung des AfD-„Flügel“, der daraufhin seine Selbstauflösung bekannt gab.

Im April wurde der Burschentag der „Deutschen Burschenschaft“ auf November verschoben und schließlich im Oktober abgesagt. Die neue Vorsitzende „Normannia-Nibelungen zu Bielefeld“ wurde schließlich in einem Umlaufverfahren gewählt. Am 1. April gab es Razzien bei Nazihoops in NRW. Die Chaoswochen führten in der AfD zu einem Stühlerücken und der abgesagte Bundesparteitag in Offenburg zu Anschlägen im Südwesten. In Freiburg gab es einen Anschlag auf ein Fahrzeug der WISAG-Gruppe. Die Naziattentäter von Kassel und Halle wurden angeklagt. Die City Cobras wurden trotz Nazishirt auf einer kommunistischen Kundgebung auf dem Platz der Alten Synagoge akzeptiert.

Im Mai nahmen die Corona-Demos der Verschwörungsgläubige zu. Es gab antifaschistische Proteste und die Garten-Coop positionierte sich gegen die Corona-Querfront. In Stuttgart wurde ein Nazigewerkschafter am Rande einer „Querdenken“-Demo verprügelt, was im Juli zu Razzien und einer Festnahme und im November zu einer weiteren Festnahme führte. Am 2. Mai versammelten sich knapp 60 AfD-Nazis unter Polizeischutz auf dem Platz der Alten Synagoge. Unter den Rednern war auch der Corona-Leugner Thomas Seitz, der lustigerweise

im Dezember selbst an Covid-19 erkrankte.

Im Juni gab es wie auch im Rest des Jahres Repression gegen HausbesetzerInnen und Korruption bei der Polizei in Freiburg. In Frankfurt wurde ein §129a-Verfahren wegen eines Brandanschlags auf den Bundesgerichtshof in Leipzig an Neujahr 2019 eingeleitet. Der rassistische Mord an George Floyd in Minneapolis führte zu Antira-Unruhen in den USA unter Präsident Donald Trump. Die BlueLeaks sorgten für Transparenz mit der Veröffentlichung der persönlichen Daten von 700.000 US-Bullen. Der von der „Leipziger Burschenschaft Germania“ geplante „Rassenkrieg“ wurde von Sachsen-Anhalt Rechtsaußen und in der taz nachgezeichnet und später vom MDR aufgegriffen. Die Badische Zeitung attackierte vergeblich die KTS. In Stuttgart war Krawallnacht, was die Polizei zu Aufrüstung und Rassismus nutzte. Die Naziorganisation „Nordadler“ wurde verboten. Ende Juni wurde der Nazi Tim Löffelbein vom Freiburger Amtsgericht zu dreieinhalb Jahren Knast verurteilt. Sein Komplize Daniel „Dalton“ Mikus stand bereits im Februar vor Gericht.

Im Juli gab es in Freiburg einen Anwerbeversuch und einen weiteren Anwerbeversuch bei einer Minderjährigen. In Hamburg wurde das harte Urteil im Elbchaussee-Prozess drei Jahre nach dem G20-Gipfel verhängt.

Im August wurde die „Burschenschaft Normannia Heidelberg“ öffentlich als Hort des Antisemitismus gebrandmarkt. Der Ruf war ruiniert, die Aktivitas aufgelöst, über ein Dutzend Alte Herren ausgetreten und nun prüft das Finanzamt auch noch die Gemeinnützigkeit des Hausvereins. Deswegen planen die Burschen gerade ihre Satzung noch schnell zu ändern, damit ihre Villa nicht wirklich an die Uni Heidelberg fällt, sollte ihnen die Gemeinnützigkeit aberkannt werden. In der Neuköllner Brandanschlagsserie wurden zwei Nazistaatsanwälte wegen Befangenheit vom Justizsenator aberufen. In der AfD wurde Kalbitz geschasst und der Syndikats-Brandstifter Joachim Scholtz stellte sich als AfD-Spender heraus.

Im September gab es Razzien gegen den Roten Aufbau im Norden und Westen. Am 2. September starb der anarchistische Anthropologe David

Graeber. In Seattle wurde der Antifaschist Michael Forest Reinoehl von Bullen kaltblütig ermordet. Das Flüchtlingslager Moria in Griechenland brannte. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein zerbrachen die AfD-Landtagsfraktionen an Austritten.

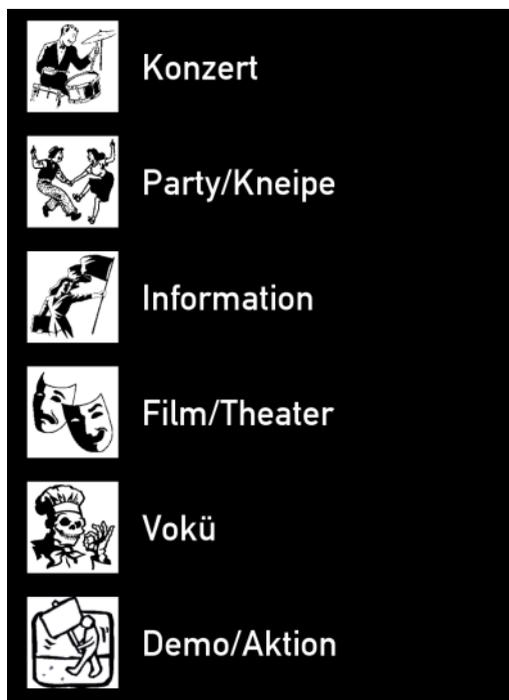
Im Oktober wurde in Nancy die Nazibücherei Les Deux Cités eröffnet. In Griechenland endete der Prozess gegen die Naziartei Golden Dawn. In Basel wurden Haftstrafen gegen Basel Nazifrei verhängt. In Berlin wurde die Liebig34 nach mehr als 30 Jahren geräumt. Unter anderem in Freiburg wurde deshalb zwei Autos abgefackelt. Es gab riesige Waffenfunde bei Nazis in Süddeutschland und auch in Freiburg gab es Naziaktivitäten.

Im November wurde in einem §129-Verfahren eine Linke in Leipzig festgenommen. Zwei Tage später marschierten 20.000 Rechtsradikale durch die Stadt. Bei der Räumung des Dannenröder Walds gab es Schwerverletzte durch die Bullen. Nach dem Kauf einer Naziwaffe musste Lorenz Caffier als Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern zurücktreten. Die „Gruppe Somogyi“ wurde vor dem Oberlandesgericht Stuttgart angeklagt. Die französischen Aufstände hatten dieses Jahr ihren Höhepunkt am 28. November, als eine halbe Million Menschen gegen die Legalisierung des permanenten Ausnahmezustands durch die Macron-Regierung auf die Straße gingen und in Paris die Banque de France brannte. In Freiburg gab es eine Antirep-Kundgebung und in Basel eine große Antifademo.

Im Dezember gab es wie das ganze Jahr über Skandale um Bullen in Nazichatgruppen. Im September hofierte die BZ die AfD, im Dezember ließ sich von ihr kaufen. Im September wurde Dubravko Mandic wegen Nötigung verurteilt, im Dezember nach dem ersten und zweiten am dritten Prozesstag im Kaiserstuhlbrücken-Prozess wegen gefährlicher Körperverletzung. Eine überregionale „Querdenker“-Demo wurde in Freiburg verboten. Die AfD machte mit Waffenkäufen von sich reden. Es gab Brandanschläge auf die Zelle und eine Hambi-Mahnwache. Am 12.12.2020 um 13:13 ging die jährliche Demo gegen Überwachung und Repression zum Knast. Wegen des Corona-Versammlungsverbots an Silverster einen Tag

früher endete das Jahr ansonsten wie jedes Jahr:
Silvester zum Knast!

Autonome Antifa 31.12.2020



Konzert

Party/Kneipe

Information

Film/Theater

Vokü

Demo/Aktion

#02 ÜBER ANTISEMITISMUS SPRECHEN

Dienstag Online-Vortrag von Peter Ullrich

18:30 Uhr Der Infoladen der KTS Freiburg und Input Freiburg laden zu einem online-Vortrag von Peter Ullrich zum Thema "Über Antisemitismus sprechen":



Eine multidimensionale Debatte wie die Auseinandersetzung mit israelbezogenem Antisemitismus erfordert Deutungsdemut statt administrativer Diskursbeendigung. Dem Anliegen widmet sich der Vortrag durch Darstellung, was Antisemitismus ist, wie er sich zeigt und insbesondere, welche Bedingungen die Auseinandersetzungen mit Antisemitismus gerade in Deutschland und gerade in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt so kompliziert machen. Neben der grundlegenden erinnerungspolitischen Dimension geht es auch um die drängenden aktuellen Fragen der angemessenen Definition von Antisemitismus und

des Umgangs mit der BDS-Bewegung.

Wenn ihr am Vortrag teilhaben wollt, dann schreibt uns eine E-Mail an infoladen@kts-freiburg.org und wir senden euch den Link zur Teilnahme.

#27 1. TAG DES OFFENEN WAGENS AUSTAUSCH ÜBER WAGENLEBEN

Samstag MIT DEM RADLAGER

14:00 Uhr ORT: STADTGARTEN



Die Suche nach Alternativen und Lösungen zur Wohn(raum)situation ist in Freiburg und anderswo ein zentrales Thema. Auch das Wagenleben, also Wohnen im Wohn- oder Bauwagen, Laster oder Bus hat in Freiburg eine lange Tradition. Die bestehenden Möglichkeiten reichen aber nicht aus, um den Bedarf der Menschen zu decken, die sich für diese Lebensweise entschieden haben. Nun ist das Radlager auf den Plan getreten und versucht an der Stadtentwicklung teil zu haben und einen neuen selbstverwalteten Wagenplatz zu gründen.

Doch zu einem, Wagenplatz gehört auch, dass wir nicht vereinzelt und anonym leben wollen, sondern im Kollektiv, auch mit unseren Nachbar*innen und Freund*innen. Um einen besseren Einblick in das Radlager und das Leben im Wagen geben zu können, lädt der Radlager e.V. daher am Samstag, den 27.2.21 ab 14 Uhr in den Stadtgarten.

Es wird die Möglichkeit geben, sich so ein fahrbares Zuhause mal von innen anzuschauen und mehr über Wagenleben zu erfahren und sich auszutauschen.

Mit dem Tag des offenen Wagens wollen wir sichtbar machen, dass alternative Wohnformen - wie z.B. Wohnen im Wagen - in dieser Stadt zum Stadtbild dazu gehören, gleichzeitig aber oft nicht in einer guten Situation sind. Wir wollen auf diese (unsere) prekäre und drängende Lage aufmerksam machen.

Was ist das Radlager eigentlich?

Wir wollen einen neuen selbstverwalteten Wagenplatz in Freiburg gründen um dort bezahlbar, ökologisch nachhaltig und zugleich gemeinsam und solidarisch zu leben. Dafür haben wir uns im letzten Jahr im Wagenkollektiv Radlager e.V. zusammengefunden und stehen seither im Austausch mit Stadtverwaltung und Gemeinderatsfraktionen.

Leider haben wir bis jetzt keine Fläche, auf der wir stehen können. Daher suchen wir immer noch ein befahrbares Grundstück, welches wir kaufen, zwischennutzen oder pachten können und welches mit einer Größe von mindestens 1.000 m² Platz für einen neuen Freiraum in Freiburg bieten kann. Ein selbstverwalteter Wagenplatz ist für uns nicht nur ein Wohnraum, sondern auch ein offen zugänglicher Ort mit Werkstatt, Garten und Platz für Kulturveranstaltungen, wie z.B. Konzerte, Theater, Lesungen, Vorträge oder Filmabende.

Also kommt vorbei um mehr in den Austausch zu treten und die Notwendigkeit und Chancen eines neuen Wagenplatzes sichtbar zu machen.

Wir haben uns ein Coronakonformes Programm

mit Spaß und Wagenkino überlegt und werden auch mit einem unserer Wägen präsent sein.

Schaut gerne mal vorbei und helft uns auf der Suche nach einem neuen Zuhause!

Wer wir genau sind und was wir wollen, ist unter <https://radlager-freiburg.org/> nachzulesen.



KTS # IMMER

Bei Bedarf: RECHERCHE-UND MEDIENZIMMER(RUMZ)
Kopieren, Drucken, Recherchieren, Videos schneiden, Flyer layouts, uvm. Kein Problem, einfach Mail an [rumz\[at\]riseup.net](mailto:rumz[at]riseup.net) schreiben.

Montags 19-20 Uhr **Ermittlungsausschuss (EA)**
Hilfe bei Problemen mit der Polizei, Repression und politischen Prozessen.

Dienstag 19 Uhr **OFFENES ARTISTIKTREFFEN**
Jonglieren und Artistik im Café

Donnerstag 19:30 Uhr **JIU-JITSU/SELBSTVERTEIDIGUNG**
aktuelle Infos & Trainings-Ferien
siehe auch jiu-jitsu.xobor.de

Auf Nachfrage **INFOLADEN**
Bücher und Zeitschriften, Buttons und Aufnäher, T-Shirts, Kaffee, etc.
Schreibt uns gerne an [infoladen\[at\]kts-freiburg.org](mailto:infoladen[at]kts-freiburg.org)

Auf Nachfrage **UMSONSTLADEN**
Abgeben, Abholen, Mitnehmen.
Alles für Nix.

TONTECHNIK-WORKSHOP
Du hast Spaß an Technik und willst gerne lernen Konzerte abzumischen? Dann wendet euch an:
[tontech-ws\[at\]kts-freiburg.org](mailto:tontech-ws[at]kts-freiburg.org)

OFFENE SIEBDRUCKWERKSTATT
Ab und zu offen, einfach ne Mail an [siebdruck\[at\]kts-freiburg.org](mailto:siebdruck[at]kts-freiburg.org) schreiben.

CRYPTO-WORKSHOP
Lernen deinen Rechner und E-Mails verschlüsseln, dabei noch anonym surfen?
Schreibt gerne an:
[crypto-ws\[at\]kts-freiburg.org](mailto:crypto-ws[at]kts-freiburg.org)

LAYOUT-WORKSHOP
Du willst lernen mit Scribus zu layouten? Dann kontaktiere:
[koraktor\[at\]kts-freiburg.org](mailto:koraktor[at]kts-freiburg.org)

Silvesterdemo 2020 in Freiburg aus Insassensicht



Audruck von Schmerz wahrnahm.

Der Schmerz!? Die Wut - und auch die Freude!

Wenn menschliche Körper über Wochen, Monate, Jahre und sogar Jahrzehnte eingesperrt werden in die Verliese dieses verrottenden Systems, staut sich nicht nur Schmerz, sondern auch Wut an.

Schmerz über das Abgeschnitten sein von Familien, Freundinnen und Freunden, dem Leben vor den

Am 30.12.2020 saßen wir in einer Zelle des Freiburger SV-Traktes und hörten ab 18 Uhr der Liveübertragung auf RDL (<https://rdl.de/>) von der Anti-Knastdemo zu.

DIE RADIOÜBERTRAGUNG

Wie schon in Vorankündigungen mitgeteilt wurde, fand die Silvesterdemo dieses Jahr pandemiebedingt am 30. Dezember statt. Da der SV-Trakt akustisch etwas ungünstig liegt, waren wir hier froh, über das Radio die Musik und vor allem die kämpferischen Redebeiträge hören zu können. Die Insassen die hier mithörten waren begeistert, nicht nur von den Inhalten, sondern auch darüber, daß wieder Menschen kamen die für eine Welt ohne Gefängnisse streiten!

IHRE ERSTE DEMONSTRATION

Sie ist schon Mitte 70 und wohnt in einer Umlandgemeinde, aber am 30. Dezember war sie auf ihren allerersten Demonstration. Wie sie mir später am Telefon erzählte war sie erst verunsichert, weil sie rund 10 Polizeiautos zählte. Sie habe dann an einem Auto gegen die Scheibe geklopft und ein Polizist habe gesagt, die Demos in Freiburg verliefen immer recht friedlich, sie möge aber weiter ihren Mund-Naseschutz tragen und den Abstand einhalten. Später kam sie noch mit Demonstrant_innen ins Gespräch. Sehr bewegte sie das laute Rufen aus den Zellenfenstern, das sie als

Mauern. Wut über die alltägliche Behandlung im Knast, Wut über die Zustände, Wut auf jene die diese Zustände herbeiführen und zulassen. Aber es gibt auch die Freude darüber, daß dann Menschen vor den Knast ziehen und lautstark, unüberhörbar eine Welt ohne Gefängnisse einfordern und denen die hinter den Mauern in ihren Kerkerzellen sitzen, ihre Solidarität bekunden und Mut machen.

EPILOG

Mir bleibt heute nur, auch im Namen der mithörenden anderen Gefangenen, herzlich jene zu grüßen die sich am 30. Dezember hier eingefunden hatten, aber auch noch am 31. das ein oder andere Feuerwerk zündeten, dem Orga-Team zu danken, gleiches gilt für RDL, die solidarisch die Übertragung ermöglichten und allen ein kämpferisches, gesundes Jahr 2021 zu wünschen! Wieder ein Jahr näher, einer Welt ohne Knäste!

Thomas Meyer-Falk
z.Zt JVA (SV)
Hermann-Heder-Str. 8
D.79104 Freiburg

<https://freedomforthomas.wordpress.com>

Corona-Winter in der Justizvollzugsanstalt in Freiburg

Nicht nur vor den Mauern wird es winterlich und kalt, auch in den Gefängnissen der Republik, wobei auch dort jedes Bundesland macht, was es möchte, für sinnvoll oder rechtlich vertretbar hält.

Besuche durch Freund_Innen, Familie, Bekannte
In Freiburgs JVA wurden zum 24.12.2020 sämtliche Besuche ausgesetzt, es wurde vollständig auf Skype umgestiegen. Offenbar beruht dies auf einer Weisung des Justizministeriums Stuttgart für alle Haftanstalten des Landes Baden-Württemberg.

Aus anderen Bundesländern wird berichtet, es sei nach wie vor ein Besuch vor Ort möglich. Es versteht sich von selbst, dass die Skype-„Besuche“ genauso streng reglementiert sind wie normale Besuche, sie also eines schriftlichen Antrags- und Genehmigungsverfahrens bedürfen. Gewährt wird zudem nur ein absolutes Minimum, für den Bereich der Strafhaft sind das 60min/Monat (für SV: 10 Stunden). Wer finanzielle Unterstützung genießt durch Menschen außerhalb der Anstalt, kann sich Geld einzahlen lassen, als monetäre Kompensation für das Besuchsverbot, welche freilich den Staat gar nichts kostet.

AUSFÜHRUNGEN UND SONSTIGE LOCKERUNGEN

Vollzugslockerungen, einschließlich bewachter Spaziergänge außerhalb der Anstaltsmauern, ruhen gleichfalls. Sodass die inhaftierten Menschen nun seit Monaten vollständig auf die Gefängnisumgebung beschränkt sind, wobei das letztlich keine neue Erfahrung für sie darstellt. Ohne Vollzugslockerungen tun sich Gerichte aber schwer Menschen „vorzeitig“ aus der Haft zu entlassen, sodass die Corona-Pandemie letztlich eine Haftzeitverlängerung in nicht wenigen Fällen bewirken dürfte.

ARBEITSPLÄTZE SICHERHEITSVERWAHRUNG

Seit Anfang Ende 2020 dürfen Sicherungsverwahrte bis auf weiteres nicht mehr in den Anstaltsbetrieben zusammen mit Strafgefangenen arbeiten. So sollen mögliche Infektionen innerhalb der Anstalt vor Sars-Cov-2

begrenzt werden. Ersatzweise wurde ein Montagebetrieb ausschließlich für den SV-Bereich bereit gestellt, sodass wer dort arbeiten möchte, dies darf.

THERAPIEMASSNAHMEN

Still ruht der See, nichts anderes gilt für die ganzen therapeutischen Gruppenmaßnahmen. Allerdings werden im Bereich der Sicherungsverwahrung zumindest teilweise neue Wege gegangen. Da die Zellen über Haftraumtelefonie verfügen, d.h. in den Zellen hängt ein Telefon, können die Gefängnispsycholog_Innen und ebenso die Mitarbeitenden des Sozialdienstes die Verwahrten auf deren Wunsch hin oder bei Rückfragen auch anrufen (nicht jedoch die Insassen ihrerseits die Bediensteten). Darüber hinaus finden therapeutische Einzelgespräche nur in einem sehr reduzierten Umfang statt, da diese im Trennscheibenraum durchgeführt werden.

Auch hier gilt das zu den Vollzugslockerungen schon festgestellte. Ohne umfangliche Therapieteilnahme reduziert sich die Chance auf Freilassung und so wird auch hier eine Folge der Pandemie de facto eine Haftverlängerung sein.

TÄGLICHER WAHNSINN

Es scheint als würde das Nervenkostüm mancher Bediensteter dünner werden. Immer wieder tönt es schon morgens beim Zellenaufschluss über den Flur: „So ein Scheiß, wieder muss ich heute hier zum Dienst kommen.“ Andere empören sich darüber, dass sie nun für ihren Autoparkplatz vor der Anstalt bezahlen sollen, wieder andere beschwerten sich darüber, dass sie seit neustem höchstselbst Akten vom SV-Trakt in den Strafhafttrakt tragen müssen, etwas das zuvor ein extra für solche Aufgaben eingestellter Beamter zu verrichten hatte. Ganz unverblümt kündigte ein sichtlich wütender Bediensteter Obstruktion an: er werde den Teufel tun und sich vor diese „Riesenwand“ an Aktenfächern im Aktenverteiler stellen und mühsam nach jeden Fächern suchen, in welche die Akten einzulegen seien. Auf gut Glück werde er „ein paar Akten hier

hinein und ein paar Akten dort hinein“ legen, sollen sich um die Feinarbeit andere kümmern. Letztlich werden das dann die Insassen ausbaden müssen, wenn nämlich deren Anträge nicht an zuständige Stellen gelangen sollten, wird es ganz schnell im Getriebe haken.

Aber auch Insassen nehmen sich gegenseitig in Visier. Da schrieb ein Sicherungsverwahrter einen anonymen Brief an die Anstalt und beschuldigte den Stationsreiniger der Station 2, er habe während seiner Arbeitszeit im Gefängnishof gegessen und Pizza gegessen! Skandal! Es ist fast ein bisschen wie im Kindergarten. Dem Betreffenden war der Gang in den Hof vom Stationsbeamten ausdrücklich erlaubt gewesen.

Zwei andere Insassen brachen ein Schachtgitter im Hof auf und einer der beiden stieg hinunter; nicht, dass es dort in Richtung Freiheit gehen würde. Es soll ihnen wohl etwas in den Schacht gefallen sein, was sie wiederholen wollten. Da jedoch alles mit Kameras überwacht wird, bekamen sie anschließend ziemlich Ärger mit dem Vollzugsleiter Thomas G. und spazieren nun seit Wochen alleine, bewacht von einem Beamten, ihre Hofrunden.

AUSBLICK

Wann Gefangene geimpft werden sollen, darüber gibt es bislang keine verlässlichen Auskünfte. Zumindest wird mal wieder, wie schon letztes Jahr, auf die Erhebung der Stromkosten für die eigenen Elektrogeräte verzichtet und die Mietkosten für Fernseher ausgesetzt. Für Gefangene, die mit 50 € oder 100 € im Monat auskommen müssen, bedeutet das eine erkleckliche Entlastung, denn es kommen schnell an die 10 € zusammen alleine für Stromkosten und Antennenmiete, wer zudem einen Mietf Fernseher hat, der spart noch mehr. Auch wurden endlich für Insassen, die über 60 Jahre alt sind oder zu Risikogruppen gehören FFP-2 Masken kostenlos ausgegeben, anstatt sie weiterhin auf die aus Knastbettlaken gefertigten Mund-Nase-Schutzmasken zu verweisen.

Bei allen Belastungen durch die Anti-Corona-Maßnahmen soll aber nicht unterschlagen werden, dass zumindest an Freiburgs Haftanstalt bislang der Kelch eines größeren Ausbruchs vorbegegangen ist.

Thomas Meyer-Falk
z. Zt. Justizvollzugsanstalt (SV),
Hermann-Herder-Str. 8, 79104 Freiburg
<https://freedomforthomas.wordpress.com>



Für ein antifaschistisches 2021

"Für ein antifaschistisches 2021!" - so titelte der Aufruf der Antifaschistischen Jugend Freiburg. Mehr als 200 Menschen folgten diesem und versammelten sich am 9.1.21 vor dem Bertoldsbrunnen zur Kundgebung und Demonstration. Die Versammlung begann mit einer Rede von der Gruppe Ekib - Energiekämpfe in Bewegung. Darin wurde deutlich gemacht, dass Kämpfe für Klimagerechtigkeit und Antifaschismus zusammen gehörten. 6:05 Die Rede wurde kurz unterbrochen, da Robert Hagerman, ein Rechtsextremer, der sich aktuell vor Gericht wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten muss, am Rande der Kundgebung Demonstrierende abfilmte. Hagerman wurde von der Polizei abgeschirmt und verließ im Laufe der Auftaktkundgebung die Szene.

Anschließend formierte sich ein Demonstrationzug, der in Richtung Platz der Alten Synagoge ziehen wollte. Die zahlenmäßig moderat eingesetzte Polizei hatte der Demonstration zur Auflage gemacht nicht-medizinische Masken zu tragen und 1,5 m Abstand zueinander einzuhalten.

Außerdem solle ein Versammlungsleiter genannt werden, andernfalls dürfe der Zug nicht loslaufen. Nachdem eine Ansprechperson den Weg der Demonstration kommunizierte konnte es los gehen. Die Demospitze wurde derweil bereits zu Anfang von der Polizei gefilmt, was nicht deeskalierend wirkte.

Der Demonstrationzug führte zunächst über die Bertoldstraße und bog am Platz der Alten Synagoge rechts in den Rotteckring. Auf Höhe der Rathausgasse kam es zu einer weiteren Konfliktsituation, in der ein mutmaßlich Rechtsextremer der Demonstration die White-Supremacy-Parole "You/Jews will not replace us" entgegenrief. Nach einer antifaschistischen Intervention forderte auch die Polizei den Rechten dazu auf, den Ort zu verlassen. Er kam der Aufforderung nach.

Die Demonstration verlief im weiteren Verlauf ohne Zwischenfälle. Am Fahnenbergplatz bog sie nach links und zog über die Friedrichstraße und die Breisacher Straße bis in den Stühlinger. Über



die Escholzstraße ging es bis zur Engelbergstraße und dann auf den Stühlinger Kirchplatz, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Dort hielten eine Einzelperson und die Antifaschistische Jugend jeweils eine Rede, in der sie u.a. die Vorgänge von Racial Profiling durch die Polizei thematisierten. In der AJF-Rede wurden die Ereignisse des letzten Jahres zusammengefasst. Die Räumung der Liebig34 in Berlin, die bundesweite staatliche Repression gegen Antifaschist:innen und Hausbesetzer:innen, die Hetze der AfD mit dem lokalen Nazianwalt Dubravko Mandic, aber auch die "Querdenken"-Versammlungen und andere rechte Bewegungen, wie der rassistische Anschlag in Hanau führt für die Redenden zu dem Schluss, dass 2020 ein katastrophales Jahr gewesen sei. Abschließend hieß es: "Doch 2020 hat auch gezeigt, dass konsequenter Antifaschismus Wirkung zeigt. So hatte die AfD in Freiburg und Umgebung wenig zu lachen. In Baden-Baden, Steinen und am 2. Mai in Freiburg gestaltete sich die Abreise der Nazis für diese eher unerfreulich, in Lörrach sagte Mandic eine Kundgebung aufgrund eines starken antifaschistischen Gegenprotests kurzfristig ganz ab." Die AJF schloss ihre Rede mit den Worten: "Lasst uns daran in diesem Jahr anschließen! Ob am AfD-Wahlstand, bei einer Querdenken-Veranstaltung oder auf der Straße, lasst uns antifaschistisch leben, lasst uns kämpfen für eine bessere, eine solidarische Welt und gegen den Faschismus!"

Über den gesamten Verlauf des Protestes wirkte die Demonstration entschlossen und machte durch Parolen laut auf sich aufmerksam. Neben den gängigsten antifaschistischen Parolen wurde

auch eine solidarische Lösung der Corona-Pandemie gefordert. Unter anderem mit der Parole: "Schützt die Menschen - nicht die Wirtschaft." 8:02

Die Einsatzkräfte der Polizei stoppte die Demonstration im Verlauf mehrere Male, um die weitere Demonstrationsroute abzusprechen. Das Spalier an der Frontseite der Demonstration verlangsamte zudem das Schrittempo. Auch der wiederholten Aufforderung durch Demonstrant:innen einen größeren Abstand zur Demospitze einzuhalten kamen die Polizist:innen nicht nach. So konnte im vorderen Teil der Demonstration die Infektionsschutzmaßnahmen nicht gänzlich eingehalten werden. Weiter hinten, wo keine Polizeieinheiten anwesend waren, konnten sich die Demonstrant:innen jedoch mit den nötigen Abständen zueinander bewegen.

Auch wenn die Taktik der Polizei einen konsequenten Infektionsschutz verhinderte und das mehrmalige Abfilmen der Demonstrationsspitze und die Nähe zur Demonstrationsfront die Situation zeitweise anspannte, verhielten sich die Kräfte weitgehend deeskalativ.

Resümierend kann die Demonstration als Erfolg gewertet werden. Mehrere Hundert konnten emanzipatorische Inhalte auf die Straße tragen und bewiesen, dass im Gegensatz zu "Querdenken"-Versammlungen auch vernünftig ablaufende Demonstrationen in Pandemie-Zeiten stattfinden können.

Antifaschistische Jugend Freiburg

Redebeitrag für die Demo „Für ein antifaschistisches 2021“

Hinter uns liegt ein katastrophales Jahr. 2020 war geprägt von Räumung, Repression, Rechtsruck und Pandemie.

Jahrzehntelanger Widerständigkeit in linken Projekten, wie der Liebig34 wurde durch die Staatsmacht aus den Häusern vertrieben, nicht aber die Ideen eines solidarischen Zusammenlebens gegen Staat, Nation und Kapital. Mehre antifaschistische Aktivist*innen in Stuttgart, Leipzig, Hamburg, Frankfurt und anderswo

wurden für ihren Einsatz schwer kriminalisiert, während Nazis in Hanau morden. Los ging es mit einer AfD-Kundgebung vor dem SWR-Gebäude in Baden-Baden, bei der der Freiburger Stadtrat Dubravko Mandic heftig gegen die Freiheit der Presse hetzte. Eine Wiederholung dessen in Freiburg fiel im März aufgrund der Corona-Pandemie noch aus, am 2. Mai wurde dies dann von Bullen und Hamburger Gittern gegen einen großen antifaschistischen Gegenprotest auf dem

Platz der alten Synagoge durchgeprügelt. Auch sonst versuchten Staat und Justiz wieder schlechte Stimmung zu verbreiten. Mehreren Hausbesitzer*innen wurde der Prozess gemacht, teilweise kam es zu mehr als unverhältnismäßigen Strafen.

Im Juli drehte der Verfassungsschutz seine unrühmlichen Runden, unter anderem bei einer minderjährigen Person.

Gleichzeitig erstarkten die „Hygienedemo“-Querfrontbewegungen rund um „Querdenken“ und „NichtOhneUns“.

Über Wochen und Monate mobilisierten diese Gruppen in Freiburg hunderte Menschen, denen es egal war, dass sie auf einer Seite mit stadtbekanntem Faschist*innen stehen, und die auf Gegenprotest und Journalist*innen immer wieder aggressiv reagierten.

In Freiburg gipfelte dies am 19. Dezember in einer verbotenen Demo und hunderten Nazis, die

beinahe ungestört durch die Freiburger Innenstadt laufen konnten.

Auch die Neonazi Partei „Der III. Weg“ schaffte es Ende Oktober, unbemerkt ein „Heldengedenken“ durchzuführen



Doch 2020 hat auch gezeigt, dass konsequenter Antifaschismus Wirkung zeigt. So hatte die AfD in Freiburg und Umgebung wenig zu lachen. In Baden-Baden, Steinen und am 2. Mai in Freiburg gestaltete sich die Abreise der Nazis für diese eher unerfreulich, in Lörrach sagte Mandic eine Kundgebung aufgrund eines starken antifaschistischen Gegenprotests kurzfristig ganz ab.

Lasst uns daran in diesem Jahr anschließen! Ob am AfD-Wahlstand, bei einer Querdenken-Veranstaltung oder auf der Straße, lasst uns antifaschistisch leben, lasst uns kämpfen für eine bessere, eine solidarische Welt und gegen den Faschismus!

Antifaschistische Jugend Freiburg

Jo ist endlich wieder frei

Nach mehr als sechs Monaten Untersuchungshaft in der JVA Stuttgart-Stammheim ist Jo wieder frei. Das Oberlandesgericht Stuttgart hob den Haftbefehl zwar auf, doch der Prozessbeginn gegen Jo und Dy ist weiterhin für März geplant. Dy sitzt seit November noch immer in U-Haft. Beiden wird eine Beteiligung an der Auseinandersetzung zwischen Nazis und Antifas am Rande der „Querdenken 711“-Demo am 16. Mai am Cannstatter Wasen vorgeworfen. Unter anderem wurde Andreas Ziegler von der Nazigewerkschaft „Zentrum Automobil“ dabei schwer verletzt. Allerdings kann er mittlerweile bereits wieder kitschige Nazivideos drehen, so schlimm kann es also nicht gewesen sein. Am 20. März findet eine Solidemo in Stuttgart statt. Zeigt euch solidarisch mit den Antifas, nieder mit der Nazigewerkschaft!

Autonome Antifa Freiburg

Schwarz kandidiert in Freiburg II

Nachdem der Nazi und christliche Fundamentalist Karl Schwarz bei der AfD-Listenaufstellungswahl für die Landtagswahl am 14. März 2021 im Wahlkreis Freiburg I dem derzeitigen Landtagsabgeordneten Daniel Rottmann unterlag, wurde er nun von der AfD für den Wahlkreis Freiburg II aufgestellt. Als Ersatzkandidat wurde bei der Aufstellungsversammlung am 11. Januar Tilman Mehler gewählt.

Autonome Antifa Freiburg

Freiburger Sparkasse finanziert Nazi-burschenschaft

Könnte besser laufen

Der Schlägernazi Dubravko Mandic hat gegen seine Verurteilung zu sechs Monaten Haft auf Bewährung wegen gefährlicher Körperverletzung Berufung eingelegt, es wird also einen weiteren Kaiserstuhlbrücken-Prozess vor dem Landgericht geben. Außerdem soll Mandic laut Jörg Haverkamp erneut aus der „Burschenschaft Saxo-Silesia“ ausgeschlossen worden sein und Hausverbot in der Burschenvilla auf dem Lorettoberg haben. Mandic war bereits einmal von seinem Nazibund ausgeschlossen worden, hatte sich aber über ein ordentliches Gericht wieder eingeklagt.

Autonome Antifa Freiburg

Die „Burschenschaft Saxo-Silesia“ hat von der „Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau“ 1.000 Euro geschenkt bekommen. Im Rahmen der Spendenaktion „Ihr für alle – wir für euch“ wurden 100.000 Euro an „gemeinnützige Vereine und Einrichtungen“ gespendet, darunter auch an den „Saxo Silesenhaus e.V.“, dem Hausverein der Burschenschaft. Wie RDL berichtet, bezeichnete die Sparkasse die Burschenvilla als „Studentenwohnheim“. Als Ziel der Aktion wird die „Förderung gemeinnütziger Vereine und deren wichtiger Arbeit“ ausgegeben und zynisch von „einem fairen und diskriminierungsfreien Auswahlverfahren“ gesprochen. Statt die Kritik an der Spende an die Naziburschenschaft ernst zu nehmen, wurde der Burschenverein kommentarlos von der Gewinnerseite „nicht-ohne-euch.de“ entfernt. Dabei kann ein reiner Männerverein nach einem Grundsatzurteil des Bundesfinanzhofs von 2017 nicht gemeinnützig sein, denn er ist das genaue Gegenteil von „diskriminierungsfrei“. Keine Spenden für Nazis, boykottiert die Sparkasse!

Razzia bei rechtem Waldorf-Mediziner

Nachdem am 22. Januar die Arztpraxis des Corona-Leugners Thomas Külken in der Hauptstraße 23 in Staufen wegen gefälschter Atteste zur Befreiung von der Corona-Maskenpflicht durchsucht wurde, versammelten sich am 24. Januar über 100 VerschwörungsanhängerInnen in der Stauffer Innenstadt. In Külkens Praxis sollen wie auch in der Arztpraxis von Mathias Poland in der Adelsberger Straße 2 in Zell im Wiesental reihenweise Gefälligkeitsatteste ausgestellt worden sein. Külken ist ein fanatischer Anhänger Rudolf Steiners und referiert regelmäßig in der antroposophischen Friedrich Husemann-Klinik in Buchenbach, in der antroposophischen Christengemeinschaft Freiburg in der Goethestraße 67a und im Rudolf Steiner-Haus in der Starckenstraße 36 in Freiburg. Außerdem ist er mehrfacher Redner bei den „Querdenken“-Aufläufen auf dem Platz der Alten Synagoge.

Razzien bei Nazis in Nordbaden

In Karlsruhe, im Landkreis Rastatt und im Enzkreis wurden vier Wohnungen von Nazis der Kleinstpartei „Die Rechte“ durchsucht. Die Razzien stehen im Zusammenhang mit Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Karlsruhe wegen des Verdachts auf Volksverhetzung wegen einer Wahlkampfaktion zur Europawahl 2019 in Pforzheim. Die Nazis hatten damals Audiodateien ihrer „Spitzenkandidatin“ Ursula Haverbeck abgespielt und Naziparolen vor der Synagoge in der Emilienstrasse gerufen. Die finanzielle Lage der Partei ist unter anderem wegen der hohen Repressionskosten aus dem Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen 2020 sowieso schon sehr angespannt und die neuerliche Repression dürfte diese Lage noch verschärfen.

Autonome Antifa Freiburg

SpekulantInnen wollen 11.200 Euro von Stuttgarter BesetzerInnen

Liebe Wohnraumpolitisch Bewegung,
einigen von euch dürfte die Besetzung in der Stuttgarter Wilhelm-Raabe-Straße 4 im Frühjahr 2018 in Erinnerung geblieben sein.

Damals besetzten Rosevita mit ihrem kleinen Sohn und Adriana mit Tochter und Partner zwei zuvor lange leerstehende Wohnungen. Sie machten damit in Stuttgart und darüber hinaus

Wohnungsnot und Mietenwahnsinn zum Thema. Nach einem Monat wurden sie zwangsgeräumt. Nach einer bereits 2019 erfolgten Verurteilung zu einem insgesamt vierstelligen Betrag als Geldstrafen müssen sie nun 11.200 Euro an die Eigentümer*innen zahlen -eine reiche SpekulantInnenfamilie aus London.

Damit dürfen wir die Ex-Besetzer*innen nicht alleine lassen. Nicht nur, weil das ein ganzer Batzen Kohle ist, den sie schnell aufreiben müssen, auch weil es sich um eine mutige, wichtige und wirksame politische Aktion handelte. Deshalb:
ZEIGT EUCH SOLIDARISCH UND SPENDET!



Basel Nazifrei

Heute fand ein weiterer Prozess statt. Die Angeklagte wurde zu 8 Monaten bedingter Haft auf 3 Jahre Bewährung verurteilt. Staatsanwalt Cabrera konstruierte anhand von Videoaufnahmen eine „Führungsrolle“ und sagte u.a., ihr stehe eigentlich kein rechtsstaatliches Verfahren zu, wenn sie ja gegen den Staat sei. Richter Dominik Kiener sagte die Angeklagte erscheine „unbelehrbar“, deshalb die lange Bewährungszeit. Am frühen Morgen hatten sich zahlreiche Personen versammelt, um der angeklagten Antifaschistin ihre Solidarität zu zeigen. Auf Transpis und in Redebeiträgen wurde die notwendige Verbindung von feministischen und antifaschistischen Kämpfen betont. Wir sind alle „unbelehrbar“ und bleiben entschlossen antifaschistisch, feministisch und revolutionär!

#baselnazifrei

**SOLIDARITÄT
IST EINE WAFFE!**

**Prozesse gegen Basel Nazifrei:
Antifaschist*innen stehen vor Gericht
weil sie gegen Nazis auf die Strasse
gingen. Zeit für unsere Solidarität!**

Spenden an:
Antirepressionsgruppe Basel
4000 Basel, Postkonto: 60-425124-0
IBAN: CH50 0900 0000 6042 5124 0
Vermerk: Basel Nazifrei

#BASEL NAZI-FREI

@BASELNAZIFREI **f BASEL NAZIFREI** **@BASEL_NAZIFREI**

Bankenprozesse in Basel: Freispruch in allen Anklagepunkten!

In Basel ist heute das Urteil gegen die Klimaaktivist*innen gefallen, die im Sommer 2019 vor der UBS protestiert hatten. Gerichtspräsidentin Susanne Nese (SP) hat heute die 5 Beschuldigten von allen Anklagepunkten freigesprochen. CCJ erwartet, dass dieses Urteil in den kommenden Tagen auf die weiteren rund 50 angeklagten Aktivist*innen ausgedehnt wird.

Die Staatsanwaltschaft hatte für die Protestierenden vom Sommer 2019 Geldstrafen von bis zu 150 Tagessätzen wegen Nötigung, Sachbeschädigung und Landfriedensbruch gefordert. Das Einzelgericht kam heute jedoch zum Schluss, dass an der Protestaktion von 2019 vor der UBS keine Straftaten verübt wurden. Richterin Nese begründet die Freisprüche mit den nicht stichhaltigen Anschuldigungen der Staatsanwaltschaft. Sowohl die vermeintliche Sachbeschädigung als auch der Vorwurf der Nötigung konnten einer sachlichen Beurteilung nicht Stand halten, da die Anklage keine glaubhaften Beweise für diese Anschuldigungen vorlegen konnte. Die Staatsanwaltschaft zog bereits am 19.01. ihren haltlosen Vorwurf von Landfriedensbruch zurück, nachdem Aktivist*innen, Angestellte, Passant*innen und Ordnungskräften vor Gericht glaubhaft schilderten, die Stimmung sei friedlich gewesen. Die Richterin begann die Urteilsbegründung mit den Worten „Klimaschützen ist kein Verbrechen“. Die Aktion sei friedlich, kreativ und berechtigt gewesen. Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft sind strafrechtlich nicht relevant.

WEGWEISENDES URTEIL

Richterin Nese folgte weitgehend der Argumentation der Verteidigung, wie sie unter anderem Rechtsanwalt Noll in seinem Plädoyer dargelegt hatte: «Mit ihrem Interesse am Überleben des Planeten haben die Aktivist*innen das höchste berechnete Interesse, das man überhaupt wahrnehmen kann.» Die Aktion vom 08. Juli 2019 war ein notwendiges und angemessenes Mittel, um auf die ausserordentliche Verantwortung der UBS für die Klimakatastrophe aufmerksam zu machen. Weder die Politik noch die Selbstregulation des Finanzsektors verhindert, dass die Grossbank mit ihren Milliardeninvestitionen in fossile Projekte das Pariser Klimaschutzabkommen missachtet. Die Aktion hat somit entscheidend zum öffentlichen Diskurs über die Rolle des Schweizer Finanzplatzes betreffend der Klimakrise beigetragen. Das heutige Urteil ist ein wichtiger Etappensieg in Richtung Klimagerechtigkeit.

KLIMAPROTESTE NOTWENDIG UND LEGITIM

Trotz grüner Versprechen investierte die UBS seit Abschluss des Pariser Abkommens \$ 35 Milliarden in fossile Brenn- und Treibstoffe (Banking on Climate Change, 2020). Solange Banken, multinationale Unternehmen und auch die Politik mit ihrem business as usual fortfahren ist für Frida Kohlmann ist klar: «Es besteht auch weiterhin dringender Handlungsbedarf für ziviles Engagement. Nur so kann ein gesellschaftlich relevanter Wandel entstehen – nicht anders wurde die Sklaverei abgeschafft, nicht anders wurden soziale und politische Rechte erkämpft – und nicht

**KEIN GELD FÜR
ÖL, GAS & KOHLE!
KEIN WEGSCHAUEN
MEHR!**

WIR MACHEN DEN BANKEN
DEN PROZESS 2020/21



anders werden wir eine klimagerechte Zukunft erreichen!»

GEMEINSAM GEGEN EIN KLIMA DER REPRESSION

«Natürlich freue ich mich sehr über den Freispruch. Aber gleichzeitig fühle ich mich irgendwie unwohl, weil Andere für ihren Protest kriminalisiert wurden», sagt Moritz, der heute freigesprochen wurde. In den letzten Wochen wurden harte Urteile gegen Menschen ausgesprochen, die gegen den Faschismus (Basel Nazifrei) und gegen jede Art von Diskriminierung (Feministischer Streik Basel) kämpfen. «Sicher ist,

wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen sondern stehen gemeinsam ein für die Grundrechte der Demokratie!» kommentiert Frida Kohlmann.

Es ist das erste Urteil in einer Serie von Gerichtsprozessen nach den Protestaktionen vor der UBS und Crédit Suisse im Sommer 2019. Die nächsten Prozesse werden noch dieses Jahr in Zürich und Genf erwartet.

Collective Climate Justice Basel

Autoritäre Verschiebungen

Die Träume der Autoritären in Deutschland

Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) stockt nach einem Brandanschlag auf Autos, sowie ein Gebäude der Landesaufnahmebehörden in Braunschweig und Hannover [Bekennert*innenschreiben] von denen immer wieder Abschiebungen ausgehen, seine Hufeisensammlung auf und bringt offen die reaktionäre Wunschvorstellung eines Antifaverbots ins Gespräch. Die Prüfung dieses Verhalts wird mit einer „starke[n] Radikalisierung der Szene“, gar einer „terroristischen Struktur“ [taz (25.01.2021)] begründet.

Wen oder was das Innenministerium Niedersachsens genau als „die Antifa“ konstruieren will ist unklar, konkrete Verdachtsfälle gibt es für den Brandanschlag nicht, allerdings haben Innenministerien bewiesen, dass dies für sie nur selten ein Problem darstellt (siehe linksunten.indymedia-Verbot).

Auch in NRW wird das Bestreben eine radikale Linke – und damit unbeliebten Protest – klein zu halten deutlich.

Die Regierung, bestehend aus zwei Parteien, die aus ihrer Abneigung gegenüber allem was bestehende Verhältnisse auch nur in Frage stellt keinen Hehl machen, der CDU und der FDP, schlägt im Entwurf eines neuen Versammlungsgesetz weitere Kompetenzen für die Polizei – bereits gängige Praxen, wie die Festnahme verdächtiger Demonstrant*innen werden legalisiert, das Entsenden von Zivilpolizist*innen in

eine Demonstration muss den Versammlungsleiter*innen nicht mehr angezeigt werden, Namen und Adressen von Ordner*innen können eingefordert werden, einzelne Personen als Order*innen abgelehnt werden, die Video- und Photographie von Versammlungen wird ausgeweitet, Kontrollstellen rund um Versammlungen zur Durchsuchung und Identitätsfeststellungen von Versammlungsteilnehmer*innen können eingerichtet werden – ausgeweitete Strafmöglichkeiten – Versammlungsleiter*innen können belangt werden, wenn die Versammlung nicht gemäß der Anmeldung verläuft, ein „Störungsverbot“, das heißt das die Störung und Vereitelung nicht verbotenen Protests, sowie die Androhung dessen unter Strafe getellt werden – ein „Militanzverbot“ – das heißt „Paramilitärisches Auftreten“ wird verboten, ebenso wie „Uniformen“, worunter auch ein „schwarzer Block“ oder die weißen Maler*innenanzüge bei Ende Gelände fallen könnten, Versammlungen dürfen keine „Gewaltbereitschaft“ vermitteln und nicht „einschüchternd“ wirken – vor. [nd (25.01.2021) | süddeutsche (25.01.2021) | iL Köln | FAU Köln | Ende Gelände | Gesetzentwurf]

Dieser Vorstoß darf nicht runtergespielt werden! Dieser Entwurf, der noch durch Parlamente und Gerichte muss und die Prüfung eines Antifaverbots sind ein Angriff auf Grundrechte, ein perfider Ausdruck autoritärer Entwicklungen, die bei verschärften Polizeigesetzen noch lange nicht halt machen wollen.

VON VERBOTEN UND BLOCKADEN ODER WARUM ANTIFA HANDARBEIT BLEIBT

Ein Verbot „der Antifa“ spielt vor allem in rechtspopulistischen Kreisen schon länger eine Rolle. Von Trump bis AfD ist die Erzählung von „der Antifa“ als terroristische Organisation jetzt auf die niedersächsische SPD übergesprungen. Dass sich vermeintlich, oder genauer, ehemals als links geltende Parteien an rechten Diskursen bedienen ist bei weitem keine Seltenheit mehr und dass bloße Lippenbekenntnisse zum Antifaschismus wenig bis nichts bewirken ist auch nichts neues. Das ein Verbot „der Antifa“ geprüft wird sollte aber trotz der Absurdität dieses Vorhabens ein Weckruf für alle*, die sich als Antifaschist*innen begreifen sein.

Auch das, was das Innenministerium in NRW versucht unter einem „Störungsverbot“ zu etablieren ist effektiv eine Verhinderung und Kriminalisierung antifaschistischer Arbeit zu einem Zeitpunkt, an dem antifaschistische Intervention der einzige Weg zu sein scheint faschistische Mobilisierung effektiv zu verhindern.

Dass der Kampf gegen den Faschismus dem Staat überlassen werden kann ist eine massive Fehleinschätzung, die in ihrer Konsequenz Nazis freie Hand lassen würde.

Deshalb ist Antifaschismus notwendig und wird es auch immer bleiben.

MILITANZ ODER WARUM RADIKALER PROTEST NOTWENDIG BLEIBT

Deutlich wird die reaktionäre Prägung des

Entwurfs besonders beim Blick auf das „Milanzverbot“ und was in diesem Kontext als „militant“ bezeichnet wird.

Anders als es von der schwarz-gelben Regierung dargestellt wird ist Militanz kein Selbstzweck. Im Gegenteil: Militanz ist eine Einstellung. Militanz bedeutet für uns als emanzipatorische Linke das Einstehen für unsere politischen Überzeugungen nicht ungeachtet, sondern trotz des Risikos persönlicher Konsequenzen, wie die Repressionen des Staates. [Genauerer Definitionsansatz]

Deshalb wehren wir uns gegen die reaktionäre Vereinnahmung des Begriffes der Militanz als stumpfe, unreflektierte Gewalt(bereitschaft), ohne dabei politische Gewalt zu delegitimieren.

Diese Vereinnahmung bewirkt ebenso wie „gewaltbereites Auftreten“, „Einschüchterung“ und „Uniformierung“ als ebenfalls reaktionär geprägte Begriffe für militante, radikale Protestformen eine Verschiebung weg von politischen Inhalten hin zu Möglichkeiten der Bestrafung und Repression.

Emanzipatorisch gelebte Formen der Militanz und radikaler Protest im Gegensatz zu einem „Fahne in den Wind stellenden“, wirtschaftsgeleitetem Opportunismus sind der zukunftsorientierte Weg mit den kapitalistischen Verhältnissen zu brechen um eine Zukunft zu gestalten, die nicht auf Ausbeutung der Menschen und der Natur beruht.

Deshalb gilt es die autoritären Auswüchse dieses Staates aktiv zu benennen, zu analysieren und zu bekämpfen!

Antifaschistische Jugend Freiburg

Rückblick auf Polizeigewalt und Repression im Zuge der Danni Räumung

*Triggerwarnung: Polizeigewalt!

Disclaimer: Dieser Text hat uns eine Person zukommen lassen. Der Bericht beruht auf Erfahrungen dieser Person. Zusammenhänge zwischen der Person und der Antifaschistischen Jugend Freiburg bestehen nicht.

Über 40 Jahre kämpften Menschen gegen den

Ausbau der A49. In diesen 40 Jahren hat sich der Zustand unseres Planeten massiv verschlechtert. Die Klimakrise ist enorm voran geschritten. Aufgrund der Folgen des Klimawandels – wie Trockenheit, Wasserknappheit und Überschwemmungen – sind bereits 20 Millionen Menschen auf der Flucht. Wir nähern uns Kippunkten, welche unser Ökosystem entgültig zerstören könnten. Um das zu verhindern müssen

wir sofort alles daran setzen die Treibhausgase zu reduzieren. Stattdessen haben wir soeben ausgerechnet für den Bau einer Autobahn einen beispielhaften, gesunden Mischwald verloren und gefährden durch den Bau der Autobahn ein wichtiges Trinkwasserschutzgebiet. Dies zeigt einmal mehr, dass Kapitalismus und Klimagerechtigkeit unvereinbar sind.

Dem haben sich Aktivist*innen entschieden entgegen gestellt, indem sie vor über einem Jahr den Dannenröder Wald besetzten. Am 1. Oktober begann die Rodungssaison und die Polizei rückte mit einem Großaufgebot an, um die Rodungsarbeiten zu gewährleisten. Zunächst wurde die Trasse im Maulbacher und Herren(los)wald gerodet, dann begannen die Bullen die Barrios (Baumhausdörfer) im Danni gewaltvoll zu räumen und die Harvester fällten die bis zu 300 Jahre alten Bäume in rasantem Tempo.

Ich erinnere mich, wie ich vom SEK in die Hebebühne gezogen und zu Boden gedrückt wurde, ein Beamter kniet auf meinem Kopf, sodass ich nichts sah – dass einzige, was ich hörte, war das Schreien meines Bezugsmenschen, welche zum selben Zeitpunkt von einem anderen Baum geräumt wurde.

Am Boden angekommen wurde ich zu Boden geworfen, mir wurden die Hände mit Kabelbindern zugeschnürt. Aber am schlimmsten war, dass ich meinen Bezugsmenschen schreien hörte, als sie vom SEK krankenhauserreif geprügelte wurde. Später erzählte sie mir, dass sie dabei ungesichert im Baum saß. Die Bullen schlugen ihr ins Gesicht, in die Rippen. Dann wurden ihr Handschellen angelegt, sie wurde mit Schmerzgriffen in die Hebebühne gezogen und mit dem Brustkorb gegen das Gelände gestoßen. Die Handschellen wurden enger gezogen. Die SEK Beamten standen auf ihrem Rücken. Wir wurden in einen Wartebereich zur Durchsuchung gebracht. Ich sah, dass sie große Schmerzen hatte, keine Luft mehr bekam. Ich wollte zu ihr, doch ein Bulle warf mich zu Boden

und fesselte mich. Sie musste in eine Ambulanz gebracht werden. Aber um in ein Krankenhaus gefahren zu werden, hätte sie ihre Personalien angeben müssen. Sie verweigerte. In der Gesa in Kassel wurde sie erneut geschlagen, sodass sie nach der ED-Behandlung in einem Rollstuhl aus der Bullenwache gebracht werden musste.

Die Polizeigewalt von der ich hier berichte ist kein Einzelfall. Ganz im Gegenteil. Täglich litten Aktivist*innen unter Prellungen durch Schalagstockeinsätze, Hämatomen, schwere Verletzungen der Handgelenke durch Schmerzgriffe, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Hinzu kommt die psychische Gewalt, die die Bullen auf Aktivist*innen ausübten. In einem Statement zu Polizeigewalt berichtete am 20.11 das Sani Team unter anderem: „Innerhalb von 4 Tagen gab es 2 Fälle von Schädel-Hirn-Traumata, bei denen Personen ins Krankenhaus eingeliefert den mussten. Bildgebende



Untersuchungen wurden bei beiden durchgeführt, um eine Hirnblutung auszuschließen. Eine von den Personen rannte in Richtung eines Harvesters. Dabei erlitt sie einen Schlag mit einem Schlagstock auf den Kopf, ohne vorherige physische Versuche sie zu stoppen. Die andere Person wurde auf einer Treppe an den Füßen runtergezogen und knallte mit dem Hinterkopf auf den Asphalt.“ Zwei einander umarmende Menschen wurden in 20m Höhe getasert. Bullen durchtrennten mehrfach Sicherungsseile wurden woraufhin Aktivist*innen abstürzten. Bäume wurden in unmittelbarer Nähe von Aktivist*innen gefällt, Menschenleben wurden aufs Spiel gesetzt als Bäume, durch dessen Kronen Traversen, in denen Menschen hingen, gefällt wurden. Ein Teil von mir ist sogar erleichtert, dass die Trasse jetzt fertig gerodet ist, da ich ernsthaft befürchtete, dass das unmenschliche Verhalten der Bullen noch einen Menschen das Leben kosten würde. Das alles geschah unter dem heuchlerischen Motto „Sicherheit statt Schnelligkeit“. Wir sind unfassbar wütend und

entsetzt über die Polizeigewalt – hier und überall. Anfang Dezember kam es unerwartet zu meiner letzten Räumung im Danni. Nachdem ich gewaltsam von Klettercops geräumt worden war und von BFE Bullen erniedrigt und körperlich verletzt worden war, saß ich für 24 Stunden in der Gesa, wurde dann zum Amtsgericht Gießen gebracht, wo die Entscheidung fiel, mich in U-Haft zu stecken. Da ich die Personalien verweigerte und außerdem in Quarantäne musste, wie alle neuen Gefangenen, bedeutete das Einzelzelle, keine Besuche, keine Telefonate, keine Aktivitäten. Nur eine Stunde Hofgang am Tag. Die Beamt*innen gaben mir keinerlei Informationen, alles was wichtig zu wissen war erfuhr ich nur über andere Gefangene. Das Brot, das ein bis zweimal am Tag gebracht wurde, war teilweise verschimmelt. In der ersten Nacht wurde jede Stunde in die Zelle geleuchtet, um zu kontrollieren, ob ich noch am Leben sei. Ab dem zweiten Tag wurde alle drei Stunden kontrolliert. Ich hatte das Glück, nachdem ich meine Personalien freigegeben hatte recht schnell entlassen zu werden. Aber andere sitzen noch immer. Ich erkläre mich solidarisch mit allen Gefangenen. Nieder mit den Knästen. No one is free until all are free!

Der Kampf um den Danni war ein Kampf für den Erhalt der Natur, für die Verkehrswende und für

Klimagerechtigkeit. Es war aber auch der Kampf um einen Freiraum jenseits von Herrschaft, Kapitalismus und Patriarchat. Die Räumung ist also auch aus feministischer Sicht, genauso wie die Räumung der Liebig34, ein Schlag ins Gesicht. Für mich war der Danni ein Rückzugsort vor dem alltäglichen Sexismus, der zumindest überwiegend frei von patriarchalen Strukturen war. Der Kampf gegen die Klimakrise ist ein Kampf gegen Kapital und Staat. Den Danni haben sie uns genommen. Aber unser Kampf bleibt bestehen.

Antifaschistische Jugend Freiburg

Quellen:

<https://www.rote-hilfe.de/news/bundesvorstand/1104-rodung-im-dannenroeder-wald-forderte-mehrere-schwerverletzte-jva-frankfurt-verweigert-trotz-gerichtsurteil-die-auszahlung-von-geld-an-gefangene>

<https://waldstattsphalt.blackblogs.org/2020/11/20/statement-zur-polizeigewalt-im-dannenroeder-wald-vom-sani-team/>

<https://www.robinwood.de/blog/das-unfassbare-versagen-der-gr%C3%BCnen>



BACK TO

N
O
R
M
A
L
?



ABER WOLLN WIR WIRKLICH
DAS ALLES WIEDER 'NOMAL' WIED...



...WENN NORMALITÄT KAPITALISTISCH, NATIONALISTISCH, RASSISTISCH,
SEXISTISCH, ABLEISTISCH, ... IST ?!

